

POLITIK UND MARKT

Brüssel stoppt Konzerne

Die EU-Kommission will dreiste Milliardenklagen gegen Umwelt- oder Gesundheitsstandards verhindern. Dafür setzt sie die umstrittenen Verhandlungen über einen Schutz von Investoren beim Handelsabkommen mit den USA aus

VON ALEXANDER HAGELÜKEN

München – Der Mann steht ziemlich unter Druck: Seit Monaten attackieren Kritiker den Brüsseler Kommissar Karel De Gucht, der für Europa ein historisches Freihandelsabkommen mit den USA verhandelt. Während sich das Münchner ifo-Institut davon allein in Deutschland 160 000 neue Jobs verspricht, fürchten NGOs einen Freibrief für Konzerne, zulasten der Bürger Gewinne zu maximieren. Jetzt geht De Gucht auf die Kritiker zu: Er will missbräuchliche Milliardenklagen stoppen und die besonders umstrittenen Gespräche über einen Schutz von Investoren aussetzen.

Bevor er weiterverhandelt, sollen Gegner (und Befürworter) in Europa in einer dreimonatigen Konsultation ihre Argumente vortragen. Das kündigt der Kommissar in einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) an. „Die verbreitete Kritik am Investitionsschutz überzeugt mich, dass öffentliches Nachdenken über die Ziele der EU nötig ist, bevor wir weitermachen“, heißt es in dem Schreiben, das der Süddeutschen Zeitung vorliegt. Damit tut der Kommissar zumindest so, als sei er bereit, die Bedenken der NGOs aufzunehmen.

Skeptiker befürchten, Konzerne könnten den im Abkommen vorgesehenen Investorenschutz ausnutzen, um Umwelt- oder Gesundheitsregeln aufzuweichen und Milliarden an Schadensersatz zu erstreiten – die der Staat und damit die Bürger bezahlen. Dies sei immer dann möglich, wenn ein Konzern einen wirtschaftlichen Schaden erleide. Als abschreckende Beispiele verweisen die Skeptiker auf Klagen einer US-Firma gegen das Verbot umstrittener Erdgasförderung (Fracking) in Kanada, von Vattenfall gegen die deutsche Energiewende und von Philip Morris gegen eine Einschränkung der Zigarettenwerbung in Australien. Das Handelsabkommen mit den USA könnte zu einer Vielzahl solcher Klagen führen.

De Gucht geht in seinem Schreiben auf solche Beispiele ein. Eine Klage wie die von Philip Morris dürfe kein Anlass sein, um Investoren nicht mehr zu schützen. Stattdessen solle Europa den Ausgang der Verfahren, die allesamt nicht entschieden seien, genau beobachten – und gegebenenfalls die gesetzlichen Grundlagen ändern. Philip Morris benutzt Berichten zufolge eine Briefkastenfirma in Hongkong, um unter Berufung auf ein Handelsabkommen zwi-



Kippen am Strand: Solange geraucht wird, verdienen Zigarettenkonzerne gut. Wird die Werbung dafür eingeschränkt, wie in Australien, hagelt es Klagen. Die EU will juristische Scharmützel verbieten. FOTO: DEAN LEWINS/DPA

schen Hongkong und Australien zu klagen. „Wir wollen den potenziellen Missbrauch durch Briefkastenfirmen bekämpfen“, schreibt De Gucht an Gabriel.

Der belgische Kommissar argumentiert, das Probleme lasse sich nicht dadurch lösen, dass kein Schutz von Investoren in das Handelsabkommen mit Amerika aufgenommen wird. Die EU-Staaten hätten bereits zahllose Investitionsabkommen mit anderen Staaten abgeschlossen, alleine Deutschland fast 140. Daher gelte es, den heutigen Flickenteppich, der etwa die Klage von Vattenfall gegen Deutschland ermöglichte, durch neue Regeln abzulösen. „Wir wollen durch moderne, nachvollziehbare Vereinbarungen ein für alle Mal einen Missbrauch der Investmentregeln verhindern.“ So heiße es zum Beispiel in deutschen Vereinbarungen, dass ein Staat fair und ausgeglichen handeln müsse. Solche schwammigen Formulierungen eröffneten einem Konzern vielleicht Klagemöglichkeiten, sodass De Gucht präzisere Definitionen festschreiben will. Insgesamt gelte: „Jedes Abkommen muss das Recht bewahren, dass die EU oder ein Mitgliedsstaat zugunsten der Umwelt, der Gesundheit oder eines stabilen Finanzsystems in die Wirtschaft eingreift.“ Wenn ein Staat Unternehmen wegen ökologischer oder sozialer Zwecke reguliere, ohne dabei speziell eine Firma zu benachteiligen, könne dies nicht als Enteignung gewertet werden, die die Firma zur Klage berechtigen.

Klagen und Gerichtsprozesse zum Investorenschutz müssten – anders als bisher – öffentlich zugänglich sein, fordert De Gucht. Kritiker bemängeln, dass die ganzen Verhandlungen über das Freihandelsabkommen weitgehend geheim ablaufen. Der Kommissar will das nun zumindest beginnen zu lockern. Bei der Konsultation zum Investorenschutz, die er mit den für Handel zuständigen Ministern Ende Februar besprechen möchte, will er den Verhandlungsvorschlag der EU erstmals öffentlich machen. Offenbar ist De Gucht auch frustriert darüber, dass die Bundesregierung sich in der Debatte zurückhält: „Ich rufe Sie und Ihre Ministerkollegen auf, proaktiv Ihr Wissen in diese kritische Diskussion einzubringen“, fordert er Gabriel auf.

Wie die Kritiker auf den Vorstoß reagieren, zeigen die nächsten Tage. Gerade im Internet schwillt der Protest an. Bis Montag forderten auf der deutschen Website Campact bereits 320 000 Menschen einen Stopp der Verhandlungen mit den USA.

Nur noch 7,7 Prozent

Chinas Wirtschaft wächst so langsam wie zuletzt 1999

Peking – Die Konjunkturschwäche in vielen Teilen der Welt hat 2013 das Wachstum der größten Handelsnation gebremst. Das chinesische Bruttoinlandsprodukt legte mit 7,7 Prozent zwar genauso stark zu wie 2012 – viel für deutsche Verhältnisse. Ein geringeres Plus verzeichnete die Volksrepublik aber zuletzt 1999. Das von der Regierung ausgegebene Ziel von 7,5 Prozent wurde übertroffen. „Unsere Volkswirtschaft hat sich 2013 stabilisiert“, erklärte das Statistikamt in Peking. „Wir bewegen uns jetzt in eine kritische Phase der Entwicklung und Transformation.“ Experten gehen davon aus, dass sich die chinesische Konjunktur weiter abkühlen wird. „Es wird sehr schwer werden, in diesem Jahr ein Wachstum von acht Prozent zu erreichen“, sagte der Ökonom Ting Lu von der Bank of America-Merrill Lynch in Hongkong. Er rechnet 2014 eher mit 7,6 Prozent. Die Staatsführung will die Wirtschaftsstruktur des Landes verändern und nimmt dafür kurzfristig Rückschläge in Kauf. Sie will vor allem den Konsum stärken, um unabhängiger von ausländischen Investitionen und von Exporten zu werden. „Die Zeit des ‚Wachstumswunders China‘ ist vorbei“, sagte auch der Chefvolkswirt der VP Bank, Thomas Gitzel. „Zukünftig werden selbst Wachstumsraten von 7,7 Prozent nur schwer zu erreichen sein.“ Das sei aber nicht weiter dramatisch, da sich das Land auf dem Weg zu einer höherentwickelten Volkswirtschaft befinde.

Das Bruttoinlandsprodukt hatte 30 Jahre lang rasant zugelegt. Die Entwicklung brachte Millionen Einwohnern Wohlstand, führte aber auch zu massiven Umweltzerstörungen und extremen sozialen Unterschieden. Ein höheres Wachstum wurde von der schlappen Weltkonjunktur verhindert, die die Nachfrage nach Waren aus China drückte. Der Handel wuchs 2013 lediglich um 7,6 Prozent, während die Regierung ein Plus von mindestens acht Prozent ausgegeben hatte. Grund dafür war zum einen die Rezession in der Euro-Zone, zum anderen das schwächere Wachstum in großen Schwellenländern.

Dagegen brummt der Immobilienmarkt der Volksrepublik trotz aller Bemühungen der chinesischen Staatsführung, den massiven Boom zu drosseln. Die Investitionen in Anlagen wie Fabriken legten mit 19,6 Prozent ähnlich stark zu. Die Industrieproduktion zog sogar um 9,7 Prozent an, der Einzelhandelsumsatz um 13,1 Prozent. REUTERS > Kommentar

Mehr Geld im Portemonnaie

Wiesbaden – Beschäftigte, die nach Tarifvertrag bezahlt werden, haben im vergangenen Jahr mehr Geld im Portemonnaie gehabt. Die tariflichen Monatsverdienste legten im Vergleich zum Vorjahr um 2,3 Prozent zu, die Inflationsrate stieg 2013 nur um 1,5 Prozent, wie das Statistische Bundesamt am Montag mitteilte. Der Tariflohnanstieg lag also über der Inflationsrate. Der Anstieg der Tarifverdienste sei 2013 im Schnitt etwas geringer ausgefallen als im Jahr 2012, teilten die Statistiker weiter mit. Damals waren die Löhne um 2,7 Prozent geklettert – allerdings lag die Inflationsrate 2012 auch bei 2,0 Prozent. Die Reallöhne stiegen also wie 2013 nur geringfügig. AFP

Die meisten Banker bewegen sich für ein Gespräch nicht vom Platz.



Mit uns können Sie sich dort treffen, wo es für Sie bequem ist.

Willkommen bei der HVB Online Filiale

- Als erste deutsche Bank verbinden wir die Vorteile einer Filiale mit den Vorteilen einer Onlinebank:
- persönlicher und kompetenter Onlineberater
- Ansprechpartner von 8 bis 20 Uhr
- unabhängig von Ort und Zeit durch Telefon, E-Mail oder Videoberatung

Erfahren Sie mehr auf hvb.de



Das Leben ist voller Höhen und Tiefen. Wir sind für Sie da.

